

**2. Sozialforum
in Deutschland**
Cottbus,
18.-21. Oktober 2007



Bilder gegen Rechts

„So viele Arbeiten und mit solch erstaunlich hohem Niveau!“ Professor Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste, zeigte sich begeistert von den 94 zur Auswahl stehenden Plakaten, Zeichnungen, Fotografien, Computergrafiken und Collagen. Der Lichtenberger Kulturverein hatte aufgerufen, „Bilder gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ zu schaffen. Mit ihnen sollten „Schülerinnen und Schüler Gesicht zeigen“.

Der Aufruf fand ein lebhaftes Echo. Unter anderem beteiligten sich die Immanuel-Kant-Oberschule, die Georg-Forster-Oberschule, die Johann-Gottfried-Herder-Oberschule und das Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium. In den Schulen wurde nicht nur gemalt, geklebt oder fotografiert, es fand auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus statt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Eine 20-köpfige Jury, der neben Schülerinnen und Schülern auch namhafte Persönlichkeiten und Fachleute aus dem Bezirk sowie VVN-Bundesvorsitzender Professor Heinrich Fink und die Schriftstellerin Gisela Steineckert angehörten, traf die Endauswahl.

„Abdrücke im Sand“ von Teresa P. und Laura-Maria L. vom Coppi-Gymnasium sieg-

ten, „weil sie am Überzeugendsten die ganze Aufmerksamkeit selbst der vorübergehenden Straßenpassanten für das Thema wecken können“, begründet Vorsitzender Klaus Staeck das einstimmige Votum der Jury.

Das Unternehmen „Ströer Deutsche Städte Medien GmbH“ möchte die besten Arbeiten im Lichtenberger Straßenbild sichtbar machen, erklärte dessen Niederlassungsleiter Frank Geßner. Dafür sollen z. B. das Siegermotiv und 20 weitere Arbeiten für ein großformatiges Plakat verwendet werden.

Die Neonazi-Szene reagierte gereizt: Sie beschmierten die KULTschule mit Nazi-Symbolen und Hetzparolen. Auszubildende des nahen Oberstufenzentrums „Max Taut“ halfen der KULTschule umgehend, die Schmierereien zu beseitigen: „Wir dulden keine Naziparolen in unserem Bezirk.“

Die Arbeiten können noch bis zum 1. November in der KULTschule besichtigt werden. Danach werden sie in Vereinen, Unternehmen und Institutionen des Bezirks gezeigt.

Joachim Pampel

● **Weitere Informationen:**
KULTschule, Sewanstraße 43,
Telefon: 51 06 96 40

Wer antwortet uns?

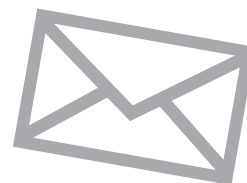
Von Gesine Löttsch,
Vorsitzende der LINKEN. Lichtenberg

Jedes Jahr um den 3. Oktober wird im Bundestag der „Stand der deutschen Einheit“ bilanziert, genauer gesagt der „Aufbau Ost“ eingeschätzt. Damit ist das Problem schon beschrieben. Denn wenn wir darüber wirklich nachdenken, ob es eine Einheit gibt und wer von ihr profitiert, müssen wir ganz andere Fragen aufwerfen. Zum Beispiel: Warum hatten die Westdeutschen nie die Chance, die Vereinigung nicht als Belastung, sondern – von einigen Großkonzernen einmal abgesehen – als Bereicherung zu erleben? Warum durften die Westdeutschen nicht die Vorzüge einer Poliklinik kennenlernen? Warum wurden erst vor einigen Jahren Versuche, Ärztehäuser einzurichten, als Neuerfindungen erklärt? Warum konnten die Westdeutschen nicht erleben, wie vernünftig es beim Umzug von einem Bundesland ins andere ist, wenn Kinder nach dem Schulwechsel nicht nach völlig anderen Lehrbüchern lernen müssen? Warum musste es siebzehn Jahre dauern, bis eine Bundesministerin es wagt, öffentlich über einheitliche Lehrbücher nachzudenken? Warum durften die Westdeutschen nicht die Erfahrung machen, wie gut für Kinder und Eltern eine umfassende und qualifizierte Kinderbetreuung sein kann? Warum muss über die Vorteile eines längeren gemeinsamen Lernens für alle Kinder mühselig über den skandinavischen Umweg geworben werden?

Solange der Osten nicht selbstbewusst seine guten Erfahrungen weitergibt und solange der Westen nicht die Chance wahrnimmt, diese als Bereicherung zu empfinden, so lange bleibt das Ost-West-Verhältnis angespannt, zum Schaden aller.

In dieser Ausgabe

- Leserpost (Seite 2)
- Die Bibliotheken im Bezirk (Seite 3)
- BVV-Beschlüsse (Seite 4)
- Merkelste was? Zur Aufarbeitung des Ostens (Seite 5)
- Die Finanzierung der Bezirke (Seite 6)
- Der Osten und die Einheit (Seite 7)



Politik einmal anders

Das politische Zentrum des Landes rückte Anfang September erneut nach Lichtenberg, allerdings viel bunter und vielseitiger, als man es kennt. Gesine Lötzsich holte auch in diesem Jahr wieder die Wanderausstellung des Bundestages in ihren Wahlkreis, ins Ring-Center 2. Statt vieler sperriger Info-Tafeln lockte eine kongolesische Band Jugendliche zum Thema „Schule aus – was nun?“. Rede und Antwort standen auch der Geschäftsführer der Arbeitsagentur Mitte mit seinen Berufsberaterinnen sowie Cornelia Hirsch, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag. Am nächsten Tag kochte nicht nur die Stimmung im Ring-Center: Zum Thema „Gesunde Ernährung mit links gemacht“ brutzelten Bundestags-Chefköche für das zahlreiche Publikum. Spreewaldkönigin Katrin Beck verteilte im Auftrag der Abgeordneten 300 Bio-Äpfel und reichlich Apfelsaft. Auch Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz, kam zu Wort.

Fazit: Politik, einfallsreich präsentiert, kommt an.
Norman Wolf



Foto: Büro Lötzsich

Politik beim Einkaufsbummel: Viele Besucher des Ring-Centers nutzen die Gelegenheit, von den Chefköchen des Bundestages Tipps für eine gesunde Ernährung zu erhalten.

„Liebe Schnittstelle“

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn Ihr diesen Brief an Mari Weiß in der nächsten Ausgabe veröffentlichen würdet. Ich beziehe mich auf das Interview, das Daniel Tietze mit ihr führte („Die ersten 100 Tage“, „info links“, Nr. 7, Seite 6):

Liebe Mari Weiß! Mit der Anrede fängt mein Problem schon an. Soll ich schreiben „liebe Genossin“ – doch wohl eher nicht. Soll ich formulieren „liebe Schnittstelle“ (so bezeichnen Sie sich im Interview) –, das aber widerstrebt mir. Ihre Antwort auf die Frage von „info links“: „Wie hältst Du es mit der Linken, und möchtest Du ihr beitreten?“ habe ich mindestens dreimal gelesen, verstanden habe ich sie nicht. Nun bin ich zwar ein älteres Parteimitglied, aber daran kann es nicht liegen. Akzeptieren will ich z. B. nicht, dass selbstbestimmte Jugendarbeit wertvoller sein soll, wenn jemand parteilos ist. Unser Neumitglied Martin Hollstein (20) beweist gerade in einer Band das Gegenteil. Ich finde, Sie schleichen in Ihrer Antwort wie die Katze um den heißen Brei. Für mich ist die LINKE weder „Überbau“, noch eine „strukturelle Frage“, sondern meine Basis für jede andere gesellschaftliche Arbeit. Denken Sie doch einfach mal darüber nach. Mit freundlichen Grüßen

Herta Stahr, Karlshorst

Geiferer fehl am Platze Es miest

„Der Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, und der Vorsitzende des Fördervereins bestehen weiter auf Vergabe eines Preises, der nach Walter Linse benannt werden soll. Gutachten zeigen, dass das NSDAP-Mitglied Walter Linse kein kleiner Mitläufer war. Linse war aktiv an der Arisierung von mindestens 300 jüdischen Betrieben beteiligt“, erklärte Gesine Lötzsich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Deutschen Bundestag.

Es sei ein Skandal, so die Politikerin, dass Herr Knabe als Leiter der Gedenkstätte es nicht geschafft hätte, den Lebenslauf von Walter Linse zu prüfen. Geradezu unglaublich sei aber, dass er sich trotz wissenschaftlicher Gutachten weiter weigert, den Preis umzubenennen. Herr Knabe blende für sich die Zeit des Faschismus aus ideologischen Gründen aus. Doch die Geschichte der DDR könne nur aufarbeiten, wer die Vorgeschichte zur Kenntnis nimmt. Dazu sei Herr Knabe offensichtlich weder in der Lage noch willens.

„Herr Knabe schadet der Aufarbeitung der DDR-Geschichte“, folgerte Gesine Lötzsich aus dieser unappetitlichen Diskussion. Er sei der Aufgabe als Direktor einer Gedenkstätte nicht gewachsen und sollte sein Amt einem kompetenten Nachfolger überlassen. *-kl-*

Wofür hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit seinem Amtsvorgänger Eberhard Diepgen eine Verdienstmedaille verliehen? Jenem Regierenden, der im Parlament mehr als einmal als „Master of Disaster“ bezeichnet wurde. Jenem Diepgen also, dessen Name untrennbar mit der Frage verbunden ist, wie verfilzt die Politik in Deutschland ist. Diepgen, der Protagonist der Pleite, der Protektor des Immobiliensumpfes mit einem Faible für Innensenatoren, die es mit den Bürgerrechten nicht so genau nahmen. Diepgen, der die politische Mitverantwortung für den größten Bankenskandal der deutschen Geschichte trägt. Nachdem Milliarden in den Sand gesetzt, Zukunftschancen verbaut und Berlins öffentliche Betriebe in der Ära Diepgen in beispielloser Weise heruntergewirtschaftet wurden, reicht man sich jetzt die Hand. Schwamm drüber! So wird Geschichte weiß gewaschen, Verantwortung entsorgt.

So schwierig es in der Sache ist, die Medaillenverdächtigkeit von Diepgen zu begründen, so übersichtlich ist die Beantwortung der Frage nach dem „Warum“ der Ehrung. Wowereit verspricht sich parteitaktische Vorteile davon und positive Auswirkungen auf seine bundespolitischen Ambitionen. So kommentieren es Journalisten. *Michael Grunst*



Mehr als Buchausleihe

Gespräch mit *Katrin Framke, Stadträtin für Kultur und Bürgerdienste, und Bärbel Riedel, Leiterin der Anna-Seghers-Bibliothek. Die Fragen stellte Inge Junginger.*

- **info links:** Welche Rolle spielen die Bibliotheken im Bezirk fünf Jahre nach der Umstrukturierung?
- **K. Framke:** Das Netz der Lichtenberger Stadtbibliothek ist mit der Bezirkszentralbibliothek „Anna Seghers“ und den drei Großbibliotheken „Anton Saefkow“, „Bodo Uhse“ und „Egon Erwin Kisch“ ein kultureller Mittelpunkt. Alle Häuser sind komplett saniert, den Leser empfängt eine freundliche Atmosphäre. Mit soziokulturellen Zentren, Nachbarschaftshäusern und Schulbibliotheken gibt es eine gute Zusammenarbeit. So ist eine wohnortnahe Betreuung gewährleistet. Die kleinen Einrichtungen sind oft auch geselliger Mittelpunkt für Senioren. Austauschliteratur und ausgesonderte Bestände finden dort noch interessierte Nutzer.
- **info links:** Wie haben sich die Bestände entwickelt, und was hat der Bürgerhaushalt den Bibliotheken gebracht?
- **K. Framke:** Der Bestand umfasste 2006 insgesamt fast 332 000 Einheiten – etwa 80 Prozent Bücher und 20 Prozent andere Medien. Das bedeutet auch, dass gedruckte Bü-

cher noch lange nicht „aussterben“. Tonträger und digitale Medien sind ebenfalls gefragt. 2007 betrug der Medienetat 407 000 Euro, auch Schenkungen gab es. Bei der Anschaffung hat Sachliteratur den Vorrang. Durch die Diskussion zum Bürgerhaushalt sind die Bibliotheken stärker ins Bewusstsein der Lichtenberger gerückt.

- **info links:** Und wie groß ist die Leserschaft?
- **K. Framke:** 2006 konnten die Bibliotheken 644 160 Besucher begrüßen. Das heißt, im Durchschnitt war jeder Lichtenberger – vom Baby bis zum Greis – dreimal in einer Bibliothek. Sie liehen fast 1,7 Millionen Mal Bücher und andere Medien aus ...
- **B. Riedel:** ... und 60 Prozent unserer Leser sind unter 25 Jahre alt. Diese Jugendlichen lungern nicht herum, sie beschmieren nicht die Wände!
- **info links:** Das bedeutet auch, dass die Bibliotheken wichtige Jugendarbeit leisten. Wo setzen Sie da an?
- **B. Riedel:** Es beginnt mit der Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen: Vorlesen, Kennenlernen der Bibliothek, Einführungen in die Bibliotheksbenutzung, ins Internet usw. Gemeinsam mit den Schulen gestalten wir Projektstage. In dieser Hinsicht arbeiten wir fast jeden Tag mit den Schulen zusammen. Vor allem in den Grundschulen sind interessierte Lehrerinnen unsere Ansprechpartner.
- **info links:** Das „Zuckertütenfest“ war wohl ein Höhepunkt?

● **B. Riedel:** Durch die Zusammenarbeit mit dem Büro Gesine Löttsch ist es ein Erfolg geworden. Dieses Jahr waren 170 Schulanfänger mit Eltern und Geschwistern gekommen. Jedes Kind erhielt unsere „Leseraupe“, den unentgeltlichen Leseausweis. Für uns waren die lachenden Kinderaugen Lohn für alle Mühe.

● **info links:** Kommen wir zur Arbeit mit Erwachsenen. Viele Leute können sich heute keine Zeitung mehr halten und lesen kaum noch. Was können Sie da tun?

● **B. Riedel:** Die Bibliotheken halten mehrere Tageszeitungen und Zeitschriften. Das Angebot, in der Bibliothek in Ruhe, bei einer Tasse Kaffee, Zeitung zu lesen, wird gern angenommen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, das „Job-Angebot“ in der Zeitung, nach Wunsch auch im Internet, anzusehen.

● **info links:** Wir sprachen eingangs von den Bibliotheken als kulturellem Mittelpunkt. Was gibt es außer der Buchausleihe?

● **K. Framke:** In unseren Bibliotheken gibt es zahlreiche Veranstaltungen: Lesungen, Ausstellungen usw. Sie widerspiegeln die Vielfalt des Lebens im Bezirk. Und um ein paar Höhepunkte der Lesungen zu nennen: Annekatriin Bürger, Heinz-Florian Oertel und andere waren zu Gast. Übrigens: Am 24. Oktober, dem Internationalen Tag der Bibliotheken, finden überall Veranstaltungen statt.

● **B. Riedel:** Solche Veranstaltungen ziehen oft auch älteres Publikum in die Bibliotheken, regen zum Lesen und Mittun an. So wird in der „Lichtenberger Lesebühne“ der Bodo-Uhse-Bibliothek Eigenes vorgetragen und ausgetauscht. Wir halten es für wichtig, dass die ältere Generation ihre Erfahrungen mitteilt ...

● **info links:** ... ja, denn die „Kriegsgeneration“ stirbt allmählich aus.

● **B. Riedel:** So könnte doch in den Bibliotheken eine Begegnung zwischen Jung und Alt stattfinden. Haben nicht viele Leser von „info links“ eine große Lebenserfahrung, die sie auf diesem Wege an die junge Generation weitergeben können?

● **info links:** Was kann die LINKE für die Bibliotheken tun?

● **K. Framke:** Wir sollten diese vielseitige Arbeit in jeder Hinsicht unterstützen. Ein ähnliches Engagement wie beim Zuckertütenfest wäre auch bei anderer Gelegenheit zu wünschen. Natürlich brauchen wir verlässliche Aussagen zum Etat der Bibliotheken und zur Festigung der Standorte. Kurzum, gemeinsam müssen wir alles tun, um die Informationsbedürfnisse der Lichtenberger zu befriedigen.



Foto: Bibliotheksamt

In der Anna-Seghers-Bibliothek im Linden-Center, der größten Lichtenberger Bibliothek



Haushalt beschlossen

Etwas sonderbar gestalteten sich dieses Jahr die Beratungen zum Bezirkshaushalt 2008/2009. Mit 24 Ja-Stimmen (Nein: 21, Enthaltungen: 2) wurde er schließlich am 20. September von der BVV beschlossen.

Die SPD lehnte erstmals in der Bezirksgeschichte den Gesamthaushalt ab und stellte das egoistische Parteiinteresse über das Interesse des Bezirks. Sie lehnte zusätzliche 375 000 Euro für den Bestand der Jugendklubs ab. Darüber hinaus wollten die Sozialdemokraten die Ressorts ihrer Stadträte aufstocken, muteten aber den Bereichen der LINKEN Unterfinanzierungen zu. Das haben wir nicht hingenommen.

Neben den Mitteln für die Jugendklubs wird unsere linke Handschrift auch in einem Zuschuss von 40 000 Euro für die Einschulung

der Kinder von Hartz-IV-Empfängern sowie Geringverdienern deutlich. Das setzt einen deutlichen Kontrapunkt zu den jüngsten diskriminierenden Äußerungen von SPD-Senatsmitgliedern gegen Hartz-IV-Betroffene.

190 000 Euro stehen für den Erhalt der therapeutischen Versorgung der Schülerinnen und Schüler der Carl-von-Linné-Schule zur Verfügung. Zusätzlich 100 000 Euro erhält die Schuldner- und Insolvenzberatung, für behindertengerechte Bordsteinabsenkungen stehen jährlich 50 000 Euro zur Verfügung. 200 000 Euro gibt es für Stadtteilprojekte und 80 000 Euro für das Regionalmanagement.

Leider konnten durch die chronische Unterfinanzierung der Bezirkshaushalte nicht alle Hoffnungen erfüllt werden. Aber es wurden klare Entscheidungen für die Jugend getroffen und die soziale Schwerpunkte gesetzt, die der Bezirk braucht. *kl*

Endlos-Saufen passé

Lichtenberg geht gegen das sogenannte Flat-Rate-Saufen vor: Einem Antrag der LINKEN in der BVV folgend, hat das Bezirksamt u. a. erreicht, dass die Cocktailbar „Aquila“ in der Wartenberger Straße für Flat-Rate-Partys keine Werbung mehr macht. Der Verein Karuna Prevents eröffnete in der Mauritius-Kirchstraße 3 nahe der Frankfurter Allee ein Zentrum für Tabak- und Alkoholprävention. Unter dem Motto „Volle Pulle leben – auch ohne Alkohol“ lädt es besonders Jugendliche zur Aufklärung über die Gefahren des Alkohols ein.

Zahlreiche Geschäfte und Einkaufszentren unterstützen einen Plakatwettbewerb gegen das „Saufen ohne Ende“.

Darüber hinaus hat die LINKE in der BVV ein wirksames Konzept für den Bezirk zum Schutz vor Alkoholmissbrauch initiiert. *J. P.*

Neuer Standort

Der neue Hauptsitz der Schostakowitsch-Musikschule befindet sich in der obersten Etage des Gebäudes der Volkshochschule Paul-Junius-Straße. Bezirkstadträtin Katrin Framke: „Der Bezirk hat 2,6 Millionen Euro investiert, um u. a. 17 Kabinette für den Musikunterricht sowie einen Ensembleraum mit Schallschutz einzurichten. Die Aula kann von beiden Schulen für Veranstaltungen, Konzerte genutzt werden.“

Der Standort Dolgenseestraße bleibt erhalten und wird instandgesetzt. Auch in der Wustrower Straße 26 (Hohenschönhausen) wird weiter unterrichtet. Darüber hinaus wird in Grundschulen und Kitas Musikunterricht angeboten. Bis 2010 soll die Schülerzahl von derzeit 2 600 auf ca. 5 000 steigen. *J. P.*



Foto: Joachim Pampel

Max-Brunnow-Straße 4: „Wenn der offene Strafvollzug nach zwei Jahren dieses Gebäude verlässt, könnte hier eine Jugendherberge entstehen“, sagt Michael Grunst. Er ist der Initiator eines entsprechenden Antrages, den die LINKEN in die BVV eingebracht hat. Diese Nachnutzung garantiert auch den befristeten Charakter der Anstalt im Bezirk.

Ohne Diskriminierung

In den bezirkseigenen Sportstätten sollen künftig Diskriminierungsverbote gelten. Das Bezirksamt reagiert damit auf eine BVV-Initiative der LINKEN. Die Nutzungsordnungen für die Sportanlagen sollen 2008 überarbeitet werden. *J. P.*

Strike-Bike für Kuba

Die AG Cuba Sí möchte 30 Strike-Bike-Solidaritätsfahrräder bestellen, um sie in Kuba den Arbeitern der Cuba-Sí-Landwirtschaftsprojekte zu übergeben. Dort werden sie dringend benötigt. Das Strike-Bike wird in der Bike System GmbH in Nordhausen hergestellt. Seit dem 10. Juli 2007 halten die 135 Arbeiter ihren Betrieb besetzt. Sie wollen verhindern, dass der Betrieb demontiert und verkauft wird und haben beschlossen, die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufzunehmen. 1800 Bestellungen für das Strike-Bike (275 Euro) werden dafür benötigt. Unterstützt Kuba und Nordhausen! Spendet für dieses einmalige Solidaritätsprojekt! *AG Cuba Sí*

● Alle Infos unter: www.cuba-si.org

Verdiente Lichtenberger

Für ihre ehrenamtlichen Leistungen wurden am 10. Oktober mit der Bürgermedaille Lichtenbergs geehrt:

- Astrid Brändl
- Dr. Ria Hieke
- Dr. Knut Käpernick
- Dr. Helga Lange
- Dagmar Müller
- André Nowak
- Karlheinz Ranig
- Dr. Rosemarie Steckhan-Özerol
- Dr. Manfred Weiß,
- Peter Wöhler

„info links“ gratuliert sehr herzlich.

Merkelste was?

Da gab es kürzlich eine Meldung, die aufhorchen ließ: Bundeskanzlerin Angela Merkel will die „Hinterlassenschaften der DDR“ noch in dieser Legislaturperiode abschließend aufarbeiten ... Was ist wohl damit gemeint? Doch nicht etwa die rasche und umfassende Beseitigung der institutionalisierten Ungleichbehandlung der Ostdeutschen? Das wäre zu schön, um wahr zu sein: Gleiche Löhne und gleicher Sold im Osten wie im Westen, Ost-Rentenpunkte gleich Westrentenpunkte und, endlich, Arbeitsplätze im Osten.

Roland Claus, Ostkoordinator der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, meinte denn auch, all diese Probleme „lassen sich ... nicht durch Dekrete beheben. Hierzu sind strategische Politikkonzepte erforderlich, über die weder Frau Merkel noch ihr Ostminister Wolfgang Tiefensee verfügen“.

Hat also die Bundeskanzlerin nur heiße, übelriechende Luft abgelassen? So einfach liegen die Dinge nicht. Es ist eher ein Versuch, frühzeitig auf Stimmenfang für die CDU zu gehen und die Erwartungen von Millionen Wählern im Osten zu instrumentalisieren.

Denn auch für diese gilt: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

„Wenn sich DIE LINKE dieses Themas nicht konsequent für ihre Politik und für alle zentralen und kommunalen Wahlkämpfe annimmt, werden wir die Stimmen, die wir im Westen gewinnen wollen, im Osten verlieren“, schrieb uns Claus Nitzsche aus Karlshorst. Und: „Das Millionen Rentner betreffende Thema der Rentenwert-Angleichung darf nicht allein der Gewerkschaft ver.di (Angleichung in vier Jahren), der Volkssolidarität, der GBM oder einer jährlichen Initiative der Fraktion im Bundestag durch die Genossin Löttsch überlassen bleiben. Unser Vorsitzender Oskar Lafontaine ist stets für die Gleichbehandlung aller Saarländer in der BRD eingetreten. Dies erwarte ich von ihm auch für alle DDR-Bürger. Keiner käme auf die Idee, im Saarland oder in Schleswig-Holstein die Rentenpunkte niedriger zu bewerten, weil dort die Arbeitsproduktivität von Bayern noch nicht erreicht ist.“

Für DIE LINKE bietet sich also die Chance, den „Aufarbeitungs“willen der Kanzlerin mit konkreten Projekten zu prüfen. Sie ist die einzige Partei, die daran ein echtes Interesse hat.

M. Walter

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 13.10., ab 14 Uhr**
Reinigungsaktion „Weg mit rechtem Dreck“; Treff: Interkulturelles Zentrum/ Bürgercafé, Münsterlandstraße 33
- **Dienstag, 16.10., 19 Uhr***
Beratung des BV mit den Wahlkreisaktivleitern und Sprecherräten
- **Mittwoch, 17.10., 18.30 Uhr****
Beratung der Wahlkreisaktivleiter HSH mit den BO-Sprechern
- **Mittwoch, 17.10., 18.30 Uhr***
AG Politische Bildung: „1917 – die Oktoberrevolution und die globalen Auseinandersetzungen der Gegenwart“, Vortrag und Diskussion mit Dr. Erhard Crome
- **Donnerstag, 25.10., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg, Bezirksamt, Große-Leege-Straße 103
- **Mittwoch, 31.10., 19 Uhr**
„Neue Linke – Chancen und Probleme“, Forum mit Dr. Wolfgang Albers und Prof. Steffi Schulze, MdB; Kiezspinne

Veranstaltungsorte:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Wahlkampfgetöse

Mit unwürdigen Angriffen gegen die Bürgermeisterin Christina Emmrich haben einige Bezirkspolitiker den Wahlkampf eröffnet. Das ist etwas verfrüht. Die Lichtenberger haben ein Recht darauf, dass ein Jahr nach der Wahl der BVV die Probleme des Bezirks gelöst und nicht Hahnenkämpfe veranstaltet werden.

Zur Erinnerung: Die Wählerinnen und Wähler haben 2006 die Linkspartei erneut zur stärksten politischen Kraft im Bezirk gemacht. Dieses Wahlergebnis fand seinen Niederschlag in der Wahl von Christina Emmrich zur Bürgermeisterin. Das war eine gute Wahl, auch wenn einige in der SPD offensichtlich bis heute damit Schwierigkeiten haben. Die Bürgermeisterin hat gezeigt, dass sie mit all ihrer Kraft die Interessen der Bürger vertritt. Und sie wurde auch mit Stimmen der SPD gewählt. Es ist nicht akzeptabel, dass Christina Emmrich jetzt von einigen Politikern herabgewürdigt wird.

DIE LINKE in Lichtenberg ist weiter an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der SPD interessiert. Deshalb wäre es vernünftig, dieses Wahlkampfgetöse zu beenden und sich wieder der Arbeit im Interesse der Bürger zuzuwenden. Dazu laden wir die Lichtenberger SPD ein.

Dr. Gesine Löttsch

Auf zum 2. Sozialforum

Nach dem ersten deutschlandweiten Sozialforum in Erfurt im Juli 2005 wird das zweite Sozialforum in Cottbus vom 18. bis 21. Oktober stattfinden. Seit Erfurt sind die politischen, sozialen, ökologischen und globalen Probleme weiter gewachsen: Kriege wurden neu begonnen und weiter geführt, Armut, soziale Spaltungen und politische Repression haben überall erneut drastisch zugenommen. Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen schreitet voran. Jene, die dagegen protestieren und nach Alternativen zur herrschenden neoliberalen Politik suchen, haben neue Erfahrungen gewonnen. Es gibt also einen erheblichen Bedarf nach Austausch, Beratung, Gemeinsamkeit und Verabredung zur Aktion. Cottbus ist gut geeignet für gemeinsame Erlebnisse, die neue Lust auf linke Politik machen (www.sozialforum2007.de).

-kl-

Kiezspaziergang

Der nächste Kiezspaziergang mit Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich findet am **13. Oktober** (Wohngebiet Zingster Straße) statt. Interessierte treffen sich um 10 Uhr am Brunnenplatz.

BV: Noch viel zu tun

Was bis zum Jahresende alles noch zu schaffen ist, darüber hat der Vorstand der Lichtenberger LINKEN beraten:

Ende Oktober, Anfang November starten die Lichtenberger LINKEN vor den Regionalbahnhöfen im Bezirk Aktionen gegen die beabsichtigte Privatisierung der Bahn. In der Reihe „Wissen, was läuft“ stehen in diesem Jahr noch die Themen Mietspiegel und Haushalt auf dem Programm. Der Bezirksvorstand wird gemeinsam mit der AG Politische Bildung Vorschläge erarbeiten, wie die Beschlüsse des Parteivorstandes zur politischen Bildung umgesetzt werden können.

Natürlich auch auf der Tagesordnung des Bezirksvorstandes: das liebe Geld. Die Finanzierung im Bezirksverband ist angespannt, weil seit Juli und August einige Basisorganisationen mit ihren Beitragszahlungen hinterher sind. Diese „Löcher“ müssen bis zum Jahresende gestopft werden.

Den Beschluss der BVV zum Bezirkshaushalt 2008/2009 wertet der Bezirksvorstand als Erfolg. Aber auf Landesebene sollte eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die die Haushaltsberatungen in den Linksfraktionen koordiniert und ein einheitliches Handeln in den BVV gewährleistet.

Wolfgang Schmidt

Konfliktfeld Bezirke

Von Peter-Rudolf Zotl

Manche zusätzlichen Leistungen können mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 finanziert werden: in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, in der Integrationspolitik, bei Kunst, Kultur und Wissenschaft, in Forschung und Bildung sowie im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Höchst problematisch hingegen ist die Finanzierung der Bezirke. Auf Druck der Fraktion DIE LINKE ist es zwar gelungen, den ursprünglich vorgesehenen Personalabbau in den Bezirken um die Hälfte zu reduzieren und diesen zusätzlich 25 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass die Kosten für die einzelnen Verwaltungsleistungen zwischen den Bezirken um fast 40 Prozent differieren, was auf innerbezirkliche Reserven verweist. Doch ungeachtet dessen müssen vor allem drei Konflikte umgehend ausgeglichen werden.

1. Aufgaben und Ressourcen

Den Bezirken werden ab 2008 neue Aufgaben übertragen, ohne dass die dafür erforderlichen personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. So ist ein nachhaltiges Agieren der Bezirke gegen Flat-Rate-Partys, bei Kindesvernachlässigungen, gegen die „Gammelfleisch“-Kriminalität, für den Nichtraucherschutz oder die Öko-Zone nicht möglich. Deshalb fordert DIE LINKE etwa 150 zusätzliche Stellen für die Jugendarbeit, den Gesundheitsschutz sowie die Ordnungsämter. Darin stimmen wir mit allen Bezirken überein, haben aber konträre Positionen zur Senatsfinanzverwaltung und zur SPD-Fraktion.

2. Zukunft der Bezirke

Im November 2007 wird es einen Kongress geben, auf dem alle Berliner Bezirke über ihre Aufgaben und über die dafür erforderliche Ausstattung beraten werden. Das ist ein Erfolg versprechender Weg, um den oftmals bizarren Zahlenspielen aus der Senatsfinanzverwaltung eine solide Leistungs-Kosten-Analyse entgegenzusetzen. Zugleich aber müssen wir eine grundsätzliche politische Entscheidung über die Zukunft der Bezirke fällen: Wollen wir eine leistungsfähige sowie bürger- und lebensnahe Verwaltungsebene, die es politisch, rechtlich und finanziell zu stärken gilt? Oder wollen wir eine Verwaltung, die lediglich zentrale Entscheidungen vollzieht? Beide Wege wären gangbar, aber nur der erste kann nach



Foto: Daniel Tietze

Auffassung der LINKEN eine Garantie für eine lebendige Bürgergesellschaft in unserer Stadt bieten. Und genau das wollen wir. Auch in dieser Frage gibt es in Senat und Koalition konträre Positionen.

3. Finanzierungssystem

In Berlin werden alle Verwaltungsleistungen nach ihren durchschnittlichen Kosten und ihrer Anzahl pro Jahr finanziert. Das jetzige Finanzierungssystem zielt einseitig auf die Menge; die Qualität der Leistungen ist völlig unterbelichtet. Bezirke, die Wert auf hohe Qualität legen, werden oft finanziell bestraft und jene, die Mittelmaß bringen, belohnt. Deshalb haben wir eine grundsätzliche Überprüfung des Budgetierungssystems verlangt. Zu klären ist, wie bürgernaher Verwaltungsfortschritt befördert werden kann. Dagegen sperrt sich zurzeit die Finanzverwaltung.

Verfassungsklage

Die Oppositionsparteien prüfen eine Verfassungsklage, weil das Land Berlin im Jahr 2007 seine „stille Einlage“ bei der Bankgesellschaft Berlin aufgekündigt und „erst“ für 2008 in den Haushalt eingestellt hat. Sie fordern, dass die 700 Millionen Euro bereits im Jahre 2007 verbucht werden (damit der Haushalt 2008 weniger positiv aussieht). Der Senat weist hingegen darauf hin, dass mit einer „stillen Einlage“ ähnlich verfahren werden muss wie z. B. mit dem Eigenanteil in einer Genossenschaft. Auch dessen Auszahlung erfolgt nicht zum Zeitpunkt der Kündigung, sondern erst am Ende des Rechnungsjahres.

Peter-Rudolf Zotl (1. v. r.) und Mitglieder „seines“ Kiezverbandes auf der Stadtteilkonferenz zum Bürgerhaushalt 2009

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 26. Oktober, 17 Uhr, Nachbarschaftshaus, Welsestraße 32
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 25. Oktober, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D (Fennpfuhl)
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 31. Oktober, 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 7. November, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), montags, 13 Uhr, im Abgeordnetenhaus (AGH)
- **Mari Weiß:** ☎ 2325 2563, Termine nach Vereinbarung
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 8. Oktober, 17 Uhr, AGH (Zimmer 417 a), und 24. Oktober, 17 Uhr, Nachbarschaftstreff, Anna-Ebermann-Straße 26

Selbstverständlich bieten alle Abgeordneten Termine nach Vereinbarung an. Gern kommen wir auch in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Der Osten und die Einheit

Von Gesine Lötzsich

Was verbindet ein Westdeutscher mit der deutschen Einheit, fragte Gregor Gysi Ende September auf einer Konferenz der LINKEN in Schwerin. Westdeutsche denken eher an das viele Geld, das in den Osten geflossen sei, und daran, dass es ihnen heute nicht besser, sondern eher schlechter ginge als vor dem Beitritt der DDR. Westdeutsche müssen dies so empfinden, weil im Einigungsvertrag von 1990 die Abwicklung von Polikliniken, Gemeinschaftsschulen und Forschungseinrichtungen verfügt wurde und sie diese nicht kennenlernen durften.

Entwicklungsfaktor Mindestlohn

Der ehemalige Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern Helmut Holter stellte fest, dass ein gesetzlicher Mindestlohn im Osten die Abwanderung bremsen und die Binnenkaufkraft stärken würde. Aus der Sicht von Dr. Joachim Ragnitz, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, würde hingegen mit einem Mindestlohn ein „wichtiger Konkurrenzvorteil des Ostens gegenüber dem Westen“ verloren gehen. Im Klartext: Zum Teil skandalöse Niedriglöhne seien ein „ostdeutscher Standortvorteil“. Helmut Markow, MdEP, hielt dagegen, dass gerade kleinere Unternehmen im Osten immer häufiger angesichts der osteuropäischen Konkurrenz einen Mindestlohn fordern.

Perspektiven in Ostdeutschland

Zum generellen Thema „Leben in den neuen Bundesländern“ hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE beim Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. eine Studie in Auftrag gegeben. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsich** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:** 30. Oktober, 17 Uhr, Wahlkreisbüro (und nach Vereinbarung)

Sehr gern kommt Dr. Gesine Lötzsich in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**

Zwei Drittel der Bürger bewerten die Zukunftschancen ihres Wohnortes eher positiv. Dieses relativ gute Resultat erwächst aber vorrangig durch die Aussagen aus Städten über 100 000 Einwohner. In den Ortschaften unter einer solchen Einwohnerzahl – v. a. den kleinen – sind die Erwartungen wesentlich pessimistischer. Das sind aber die meisten Gemeinden im Osten!

Die weitere Analyse zeigt, wie wichtig es für die ostdeutsche Bevölkerung – einschließlich der zwei Drittel der 18- bis 25-Jährigen, die bleiben wollen – wäre, wenn man ihre Kommunen und Regionen nicht „abschaltet“, sondern vor allem mit einer bedarfsgerechten Infrastruktur fördern würde. Verstärkt durch ein intensives Heimatgefühl würde das laut Studie der Abwanderungstendenz vor allem



Und genau um deren Zukunft geht es. Die Bundesregierung und nicht wenige ostdeutsche Landesregierungen verfolgen das Konzept, jene Regionen nicht mehr zu fördern, in denen Abwanderung und wirtschaftlicher Niedergang besonders krass sind. Gefördert werden sollen „Leuchttürme“, von denen man sich hier und da positive Wirkungen auf „das flache Land“ erhofft.

Abwanderung entgegenwirken

Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie die Abwanderungsabsichten der ostdeutschen Bevölkerung. Auffällig ist ein Widerspruch: Vor allem die Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren sieht die Zukunft des Heimatortes optimistisch. Dennoch hat jeder dritte 18- bis 25-Jährige die feste Absicht, den Heimatort für immer zu verlassen. Hingegen fällt die Prognose für die eigene Gemeinde bei den 45- bis 59-Jährigen besonders negativ aus. Aber von dieser Gruppe wollen über 90 Prozent im Heimatort bleiben.

Gesine Lötzsich und Wolfram Friedersdorff auf der Konferenz in Schwerin. Der 1. Stellvertreter des Schweriner OB war von 1995 bis 2002 Bezirksbürgermeister von Lichtenberg.

junger Leute entgegenwirken. Die offizielle Politik der „Abschaltung“ reagiert also nicht auf Abwanderung und Entvölkerung, sondern diese Politik befördert sie geradezu.

Deshalb fordern die Partei DIE LINKE, ihre Bundestags- und Landtagsfraktionen, den Kommunen und ländlichen Regionen – ganz im Gegenteil zur offiziellen Politik – eine Perspektive zu geben. Nur dann werden auch die Menschen zu Hause wieder eine Perspektive sehen, was sich demografisch wiederum positiv auf die Zukunft der Regionen und Kommunen auswirken wird.

Es zeigt sich erneut, dass DIE LINKE – mit ihrer besonderen Verwurzelung im Osten – als einzige Fraktion im Bundestag ostdeutsche Probleme ernsthaft analysiert und reale Lösungsansätze entwickelt.



Wo blieb das Panoramabild?

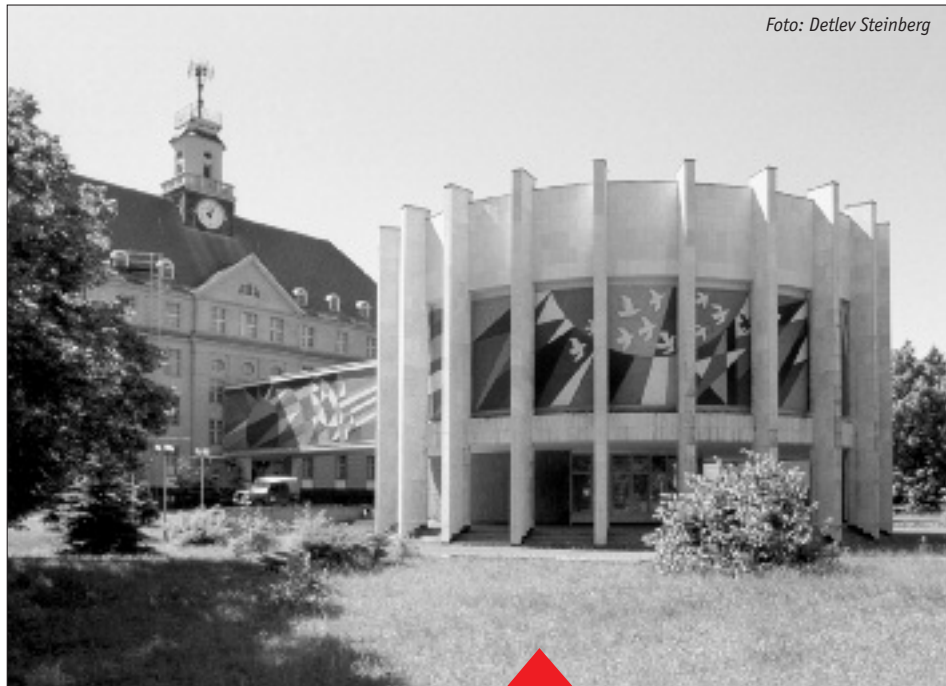


Foto: Detlev Steinberg

Der Ausstellungstitel „Wünsdorf–Moskau–Berlin. Wo blieb das Panoramabild?“ zeigt bereits Absicht und Weg der Künstlerinnen Susanne Weck und Ulrike Mohr, die zusammen mit dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst die Installation im Wintergarten des Museums gestalteten. Dieser Ort ist dafür wie kaum ein anderer geeignet, denn das Haus ist vielfältig mit diesem Thema verbunden. Der Blick nach draußen und die offenen Türen zum dahinterliegenden Kapitulationsaal, der Ort, an dem der Krieg in Europa endete und dessen letzte Schlacht das Panorama zeigt – die Jungen haben sich mit dem Projekt auf die Spurensuche nach den Erfahrungen der Älteren begeben. Ausgangspunkt war 2003 eine leere Wand in Wünsdorf. „Die Schlacht um den Reichstag“ war mit den abziehenden Truppen Richtung Moskau entschwinden. In Wünsdorf hatten es 1970 die

Kasernengelände Wünsdorf: Bis 1994 beherbergte dieser Rundbau das Panoramagemälde „Die Schlacht um den Reichstag“.

Militärkünstler des Grekow-Studios Wenjamin M. Sibirski und Jewgeni I. Danilewski als Geschenk an die in der DDR stationierte „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ geschaffen. Aber keiner wusste, was mit dem Panorama geschehen war. Die beiden jungen Frauen führen mit dem Zug von Lichtenberg nach Moskau, erkundigten sich bei vielen Menschen, an vielen Stationen. Es sollte ein Film über das Scheitern einer Suche werden, aber sie fanden das Panorama unerwartet und schnell. Es wird heute in einem Rundbau des Museums in Shukov präsentiert. Die Installation von Susanne Weck und Ulrike Mohr ist noch bis zum 4. November im Museum zu erleben. *Inge Uesseler*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für 8/07: 5.10.2007

Redaktionssitzungen für die Ausgabe 9/07:

Mittwoch, 17.10. und 31.10., jeweils 16 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 25.10.

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.11.2007

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

● Sonnabend, 13.10., 19 Uhr

Konzert: Tower Jazzband (New Orleans Revival) und Papa Binnes Jazzband (Swing, Dixiland); Kulturhaus Karlshorst, Großer Saal, Treskowallee 112, S-Bhf. Karlshorst, Straßenbahn M17 und 27

● Sonntag, 14.10., 11 Uhr

Lesung und Gespräche: „Berlin – Perspektiven durch Kultur“, mit Thomas Flierl, Ute Müller-Tischler und Harald Müller; Galerie Carlshorst, im Kulturhaus Karlshorst; Nähe S-Bhf. Karlshorst

● Dienstag, 16.10., 14.30 Uhr

Lesung und Gespräch: „Jeden Tag ein Lächeln“, mit Frau Rammelt; Lichtenberger Literaturkreis im Freizeittreff Hohenschönhausen

● Sonnabend, 20.10., 14 Uhr

Herbstball der Lichtenberger Seniorenbegegnungsstätten; Kulturhaus Karlshorst, Großer Saal, Einlass: 13.30 Uhr

● Sonntag, 21.10., 16 Uhr

Theaterpremiere: „Warum kommen Dinge durcheinander?“, nach Gregory Bateson, Regie: Carlos Manuel; Theater an der Parkaue, S-/U-Bhf. Frankfurter Allee, Straßenbahn M13, 16

● Sonntag, 21.10., 17 Uhr

Konzert für zwei Orgeln, mit Sebastian Sommer und Beate Kruppke, Berlin; Kirche „Zur frohen Botschaft“, Weseler Straße 6, S-Bhf Karlshorst, Straßenbahn M17 und 27 bis Marksburgstraße

Das Kunst- und Kulturamt zieht um. Ab dem 22. Oktober 2007 finden Sie uns im

→ **Rathaus Lichtenberg,
Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin**

● Montag, 22.10., 18 Uhr

Theaterpremiere: „Dynamoland“, ein Projekt mit jungen Spielern und Fans des BFC Dynamo, Konzept: Gudrun Herrbold; Theater an der Parkaue

● Ausstellungen:

→ „Schwarz/Weiß“, Federzeichnungen und Aquarelle von Fritz W. Gettel, noch bis 8. November; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee

→ „Ans Licht gebracht“, Fotokunst von U. Schöpfer, vom 10.10. bis 21.11., Galerie Carlshorst, Kulturhaus Karlshorst

→ „Berlin-Ost: das letzte Jahrzehnt“, noch bis 10.12., Anton-Saefkow-Bibliothek